

Die Freiheit* erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Ver-
sendungen nehmen sämtliche Postanstalten Befragungen entgegen. Unter Berücksich-
tung für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
einschließlich Porto-Zuschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.,
sonstige Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 64.

Die schlagfertige Kampfbroschüre über den Kampf um die Freiheit* enthält
Teuerungszuschlag, kleine Ausgabe: Das fertige Buch 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Deutsche Ausgabe laut Text,
Familien-Ausgaben und Stellen-Befragungen 3,20 M. netto pro Heft. Stellen-Befragungen
in Wort-Ausgaben des fertigen Buches 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Kampfbroschüre: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4822

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England und Sowjetrußland

Von unserem Londoner Korrespondenten.

II.

Die englischen Unternehmerkreise unterstützen ihre Pro-
teste gegen das Handelsabkommen, durch den Versuch, seine
praktische Bedeutung herabzusetzen. Einerseits weisen sie dar-
auf hin, daß Rußland nichts exportieren könne; deshalb
bleibe das russische Gold als einziges Tauschgut für Waren-
lieferungen. Nun drohen die bedeutendsten Banken, daß sie
sich weigern werden, dieses Gold in Empfang zu nehmen,
weil Rußlands Gläubiger die Möglichkeit haben, rechtliche
Ansprüche darauf zu erheben und die Sendungen gegebenen-
falls gerichtlich mit Beschlag zu belegen. Jedenfalls werden
es die nichtenglischen Gläubiger tun können, und es ist kein
Geheimnis, daß die französische und rumänische Regierung
die Absicht haben, ihre Ansprüche auf das russische Gold ge-
wendig zu machen. Für die mit Rußland Handel treibenden
englischen Unternehmer ist aber das Gold wertlos, wenn sie
es nicht absetzen oder ausführen können. Das wichtigste Ab-
setzland für Gold ist Amerika, und die amerikanische Regie-
rung hat bereits jede russische Goldeinfuhr verboten.

Diese Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen. Aber sie
machen keinen besonderen Eindruck, weder auf die Deffent-
lichkeit, noch auf die Regierung. Gewiß ist vorläufig die
Kostendeckung unentbehrlich, um den Handel mit Rußland in
Gang zu bringen. Aber es ist nicht das einzige und auch nicht
das wichtigste Zahlungsmittel Rußlands. Der russische Gold-
schlag ist schließlich nicht allzu groß, und wenn die Einfuhr
mit Gold bezahlt werden sollte, dann würde sie kaum
ausreichen, um die dringendsten Bedürfnisse des ausge-
gangenen Landes zu befriedigen. Das Handelsproblem
bleibt ein Kreditproblem. Das Gold kann nur die
Rolle eines Garantiedepots spielen. Man weiß in England,
welche immensen Reichtümer der russische Boden birgt, und
daß nach einigen Jahren, namentlich nach Wiederherstellung
seines Verkehrssystems, Rußland imstande sein wird, die ein-
geführten Waren gegen eigene Erzeugnisse auszu-tauschen.
Es ist auch nicht unbekannt, daß Sowjetrußland bereit ist,
zum Austausch für die benötigten Produkte und Rohstoffe
bedeutende Konzessionen, vor allem Bergwerksrechte,
zu erteilen. Das jüngste Abkommen mit dem Amerikaner
S. A. B. ist nicht ohne Eindruck auf die englischen Un-
ternehmerkreise geblieben und hat so manchen profitgierigen
Mund wässrig gemacht. Zwar warnen die vorhin erwähn-
ten russischen Kapitalistenkreise ihre westeuropäischen
Freunde gegen diese Angebote der Sowjetregierung, indem
sie erklären, daß keine zukünftige russische Regierung der-
artige Konzessionen anerkennen werde. Aber nach der Nie-
derlage Wrangels haben sogar ihre intimsten Freunde wenig
Vertrauen in ihre politischen Prophezeiungen, geschweige
dann Angst vor ihren Drohungen.

Darum ist anzunehmen, daß es schließlich zu einem Han-
delsabkommen mit Rußland kommen wird. Gewiß werden
die Gegner innerhalb der Regierung bemühen, den Ver-
trag in einem den Kreisen der Hochfinanz günstigen Sinne
abzuändern. Aber die Regierung wird kaum die Verant-
wortung für den Abbruch der Verhandlungen übernehmen
wollen. Die einzige Änderung dürfte darin bestehen, daß
in dem besprochenen Punkte 8 das Wort „Kompensation“
durch „Bezahlung“ ersetzt werden wird. Die jüngst
widerum publizierten Bedingungen der Sowjet-
regierung für die Erteilung von Konzessionen
sind an auswärtige Unternehmer sind gleichfalls danach an-
gesehen, den Eifer gewisser Kreise zu erhöhen, um anderen
Wettbewerbern in der Eroberung des russischen Marktes
zu vorzuzukommen. Den unentwegten Bolschewistenfeindern,
die Churchill an der Spitze, scheint es aber immerhin ge-
lungen zu sein, die Verhandlungen wiederum um Wochen
zu verschleppen; sie haben es durchgesetzt, daß versucht wird,
auch die Zustimmung der Alliierten für die Politik der eng-
lischen Regierung zu erlangen. Es ist ein nahezu traditionell
gewordenes Ausfluchtswort der imperialistischen Schar-
macher Englands, in schweren Augenblicken die französischen
Freunde zu Hilfe zu rufen. Aber es scheint, daß sie diesmal
wenig Glück haben werden. Auf Italien ist natürlich
nicht zu rechnen. Eine Andeutung der „Times“, daß Italien
gegenwärtig kein so großes Gewicht auf Handelsbeziehungen
mit Rußland lege, fand eine scharfe Abfuhr seitens der hiesi-
gen italienischen Legation. Andererseits kam die über-
raschende Meldung aus Paris und Brüssel, daß man
auch dort geneigt ist, den Handel mit Rußland sozusagen als
privata Sache zu dulden, wenn man auch nach wie vor
jede politische Anerkennung der Sowjetregierung ablehnt.
Jedenfalls wird sich England kaum von seinen Alliierten be-
einflussen lassen.

Für die Haltung der britischen Regierung sind Momente
der äußeren und inneren Politik ausschlaggebend. Vor allem
braucht England Ruhe und Sicherheit in Vorder- und
Mittelasien. Der Handelsvertrag wird als ein brauch-
bares Mittel betrachtet, um die revolutionäre Propaganda
gegen das Britische Reich in Anatolien, Persien und Indien
zu unterbinden. Man ist sich nur nicht darüber im Klaren,
ob der Friede mit England der Moskauer Regierung so viel

Beendigung der Berner Konferenz

Internationale sozialistische Konferenz am 22. Februar

Bern, 7. Dezember.

Die sozialistische Vorkonferenz hat ihre Arbeiten
beendet. Sie beschloß, auf den 22. Februar eine inter-
nationale sozialistische Konferenz nach Wien ein-
zuberufen mit der Tagesordnung:

- Der Imperialismus und die soziale Revolution.
- Methoden und Organisation des Klassenkampfes.
- Der internationale Kampf gegen die Gegenrevolution.

Zur Vorbereitung der Wiener Konferenz wurde eine Kom-
mission eingesetzt, die sich Ende des Jahres in Wien ver-
sammeln dürfte. Die Kommission, die der Konferenz bestimmte An-
träge unterbreiten soll, besteht aus je einem Delegierten aus
England, Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Die Brüsseler Sachverständigen- Konferenz

Ausschub bis zum 16. Dezember

H. Haag, 8. Dezember.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Sachverständigenkonferenz
auf Geheiß Deutschlands erst am 16. und nicht am
12. Dezember stattfinden wird. Vorsitzender der Konferenz wird,
wie schon gemeldet, Delacroix sein. Die englischen De-
legierten sind: Brandburn und der englische Botschafter in
Berlin, Lord d'Abernon, die französischen Delegierten:
Cheysson, der Frankreich in der Wiederherstellungskom-
mission vertritt, und Seydou, Direktor für Handelsangelegen-
heiten im Auswärtigen Amt.

Die deutsche Regierung hat den Ausschub damit begründet, daß
ihre erster Abgesandter Bergmann, der aus dienstlichen Grün-
den noch bis zum 13. Dezember in Paris zurückgehalten wird,
noch vor der Konferenz nach Berlin kommen muß, um dort seine
Weisungen in Empfang zu nehmen.

Die Abstimmung in Griechenland

Paris, 7. Dezember.

Bis zum Spätnachmittag lagen in Paris noch keine Einzel-
heiten über die Volksabstimmung in Griechenland

wert ist, daß sie demzufolge ihre Freunde Mustafa
Kemal und Enver Pascha fallen lassen wird. Der
Widerstand der öffentlichen Meinung in England gegen die
großen Ausgaben für die Erhaltung von Truppen in diesen
fernen Regionen, insbesondere die sich mehrenden Proteste
aus Indien, das den größten Teil dieser Kontingente liefert,
zwingen aber England, darauf zu fassen, seine Vorherrschaft
in Asien weniger mit militärischen Mitteln sicherzustellen.
Noch ernster als die Kosten der Steuerzahler dabei ist
aber der dauernde Widerstand der englischen Ar-
beiterschaft gegen die Belämpfung Sowjetrußlands.
Belanntlich wurde schon im Sommer, als die Gefahr der
Hilfsleistung an Polen im Kriege gegen Rußland akut war,
ein Aktionsausschuß gebildet, ein gemeinsames
Kampfor gan der Arbeiterpartei und der Trade Unions zur
Verhinderung des Krieges. Der Ausschuß hat in den letzten
Monaten wenig Initiative gezeigt, aber er kann jeden
Augenblick seine Aktion erneuern und ist sicher, die tätige
Unterstützung der britischen Arbeitermassen zu finden. An-
fang November griff der Aktionsausschuß in den Kampf um
den Handelsvertrag durch den Erfolg eines fräftigen Mani-
festes ein. Es heißt u. a. darin:

„Der britische Imperialismus beherrscht die Lage, und reaktio-
näre Einflüsse innerhalb des Kabinetts verhindern die Wieder-
aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland. Wir wünschen
nicht nur Handel mit Rußland, wir wünschen Frieden...
Friede mit Rußland ist von vitaler Bedeutung für unsere Ar-
beitslosenfrage. Reizt die Schranken nieder, die den freien
Warenaustausch zwischen Rußland und Großbritannien hindern,
und eine sofortige Nachfrage nach britischen Fabrikaten wird ent-
stehen, und ein gleichzeitiger Zustrom von nötigen Rohmaterialien
in Austausch dafür. Friede mit Rußland würde die Arbeitsge-
legenheit vermehren und die Preise niederbringen... Arbeit
für die Arbeiter, Friede dem Volke, Freihandel mit Rußland.“

Es mag dahingestellt bleiben, ob es zweckmäßig ist, dem
englischen Proletariat so greifbare Vorteile von dem Handel
mit Rußland als unmittelbar bevorstehend hinzustellen. Aber
der Aufruf zeigt, daß die englische Arbeiterschaft bereit ist
und sehr gut weiß, welche gefährlichen Kampfmittel die ge-
genwärtige Krise ihr liefert. Darum haben Besonnenheit

vor. Die griechische Gesandtschaft in Paris teilte der Presse mit,
es hätten 300 000 Wahlberechtigte mehr gestimmt
als bei den letzten Kammerwahlen. In Thrazien habe sich
die Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen für König Konstantin
ausgesprochen. Von der Garnison von Smyrna hätten 12 000
Offiziere und Soldaten an der Abstimmung teilgenommen und
nur 900 hätten sich gegen König Konstantin ausgesprochen.

Rücktritt des Bremer Senats

III. Bremen, 8. Dezember.

Wegen des Mißtrauensvotums der sozialdemokratischen Mehr-
heit der Bürgerschaft in der Frage der Auflösung der Stadtwehr
ist der aus Angehörigen der bürgerlichen Parteien bestehende Teil
des Senats zurückgetreten. In einer Erklärung sagt er, daß
der Beschluß der Bürgerschaft das Ziel verfolge, den Senat zum
willkürlichen Werkzeug der Mehrheit der Bürgerschaft zu machen,
was der Verfassung widerspreche. Der Senat, der den Schutz der
Verfassung unter seinem Eide gelobt hat, könne eine solche Politik
mit seiner Verantwortung nicht deden. Der Senat wird die Ge-
schäfte weiterführen, bis der Volksentscheid die endgültige
Entscheidung getroffen haben wird.

Hilfe für die Beamten

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat
einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, sofort mit
den beteiligten Großorganisationen in Verhandlungen einzutreten,
um die Teuerungszulage für die Arbeiter und Angestellten der
Reichsbetriebe, rückwirkend ab 1. Oktober 1920 neu zu regeln. Ein
zweiter Antrag ersucht die Reichsregierung, die Teuerungszu-
schläge rückwirkend vom 1. Oktober 1920 für alle Reichsbeamten
einschließlich der Diätäre auf 10 000 M. jährlich festzusetzen. In
diesem Antrage wird ferner gefordert, daß die Kinderzuschläge und
die dazu gewährten Teuerungszulagen einheitlich neu zu
regeln sind.

Die Rechtssozialisten haben gleichzeitig einen Antrag einge-
bracht, der eine Erhöhung des Teuerungszuschlages bei den nied-
rigen Grundgehältern bis 8100 M. auf 60 vom Hundert festsetzt
wollen will.

Diese Anträge werden am Donnerstag im Reichstag zur
Berhandlung gelangen.

und Vorsicht über den Hahngesang der Churchills die Ober-
hand gewonnen, und so konnte man am 12. November von
Sir Robert Horne in einer Rede in Oxford folgende ver-
nünftige Worte hören:

„Solange Sie die großen Reserven Rußlands nicht wieder auf
den Weltmarkt bringen, werden Sie die Unruhe unter den ar-
beitenden Massen dauernd erhalten, in Folge des Mangels an
Lebensmitteln, die immer mehr kosten, wenn es zur Zahlung der
Wochenrechnung kommt.“

So hofft die Regierung Lloyd Georges, durch das Handels-
abkommen mit Rußland, ihre äußere und innere Lage zu
stärken: die Ruhe an den Grenzen der britischen
Besitzungen in Asien zu gewinnen, im Wett-
bewerbe um russische Konzessionen und den
russischen Absatzmarkt sich den Vorrang zu
sichern und durch den Friedensschluß mit
Rußland die politische Opposition im Lande
teilweise zu entwaffnen. Bringt das Handelsab-
kommen keine greifbaren Resultate, gelingt es nicht, durch
vermehrte Ausfuhr der Arbeitslosigkeit zu steuern, dann ist
Sowjetrußland an der Enttäuschung schuld, und die Bolsche-
wistenfeindler werden um ein Argument reicher. Zugleich
werden Pläne geschmiedet, um eine eventuelle Fortsetzung
der revolutionären Propaganda im Orient unwirksam zu
machen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Konferenzen von
Lloyd George mit Vengues und Storza in London zu einer
Revision des Friedensvertrages mit der
Türkei führen werden. Man wird möglicherweise die
Griechen für die Rückberufung Konstantins „bestrafen“ durch
die Rückgabe von Smyrna und Thrazien an die Türkei.
Damit hofft man, Kemal Pascha zu verfühnen und aus dem
Bundesgenossen Moskous ein Werkzeug der Westmächte
gegen Sowjetrußland in Mittelasien zu schaffen. Eine Mi-
dderung des Aufstiegsvertrages von Sevres mag auch dazu
beitragen, den Groll der 80 Millionen Mohammedaner in
Indien zu mildern. So wirken verschiedenartige Einflüsse
und Interessen für einen Handelsausgleich mit Rußland,
während man zugleich in Asien politische Sicherungen gegen
sein Vordringen sucht, ja möglicherweise eine neue Kampf-
front gegen Sowjetrußland vorbereitet.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Um die Besitzsteuern

Aus dem Steuerausschuss

Im Steuerausschuss des Reichstages wurde am Dienstag weiter über die Rotopfer-Vorlage verhandelt, oder vielmehr nicht verhandelt. Denn obwohl bereits drei Sitzungen vorher über allgemeine Erörterungen noch nicht hinausgekommen. Obwohl die Regierung immer wieder die Dringlichkeit der Sache betont und auf eine Entscheidung drängt, damit die Regierung weiß, woran sie ist. — Gestern unternahm der Abgeordnete Dr. Riecher (D. Vd.) einen Vorstoß in einem langweiligen Vortrag im Sinne der Ablehnung dieser Vorlage. Er sprach allerdings vornehmlich nur für seine Person, nicht für die Fraktion. Er wird aber sicher die dort vorhandene Stimmung kennen. Herr Riecher tritt für eine Zwangsanleihe ein, die natürlich einen ganz anderen Charakter hat als eine Anleihe vom Besitz. Eine Zwangsanleihe würde zwar die schwebende Schuld verringern und den Notenumlauf etwas hemmen, das wäre jedoch nur ein Notbehelf für den Augenblick. Die Zwangsanleihe erhöht die feste Schuld und den Zinsendienst. Das hätte also ein Fortwachsen nach der alten Methode, laufende Ausgaben durch Vermehrung der Schulden zu decken. Statt einer Belastung der Besitzenden bedeutet die Zwangsanleihe, daß der Reichsbetrieb noch abhängiger vom Privatkapital wird. Ganz abgesehen davon, daß die Form der Zwangsanleihe zur Beschaffung künftiger Mittel infolge Schaffung technischer Voraussetzungen zur Erhebung eine weitere Bedeutung hat. Herr Helfferich zieht augenblicklich die Einziehung des Rotopfers noch der Zwangsanleihe vor. Aber er will die Vorlage durch eine Mut von Anträgen so verwässern, daß sie für den Zweck, den sie dienen soll, so gut wie unbrauchbar wird. Riecher und Helfferich treffen sich also im Grunde genommen in ihren Bestrebungen, die Erhebung von Besitzsteuern zu verzögern und zu verhindern.

Der Reichsfinanzminister Wirth sagte das den Herren auch ziemlich unerbötlich. Er wendete sich gegen die „historische“ Behandlung der Vorlage durch die Vorredner. Dadurch werde deren Zweck vereitelt. Es müsse jedoch schnell gehandelt werden. Noch immer sei keine Klarung vorhanden, wie die Fraktionen sich zur Sache stellen. (Damit sind besonders die Bürgerlichen gemeint.) Diese müsse herbeigeführt werden, damit die Regierung weiß, woran sie ist. Sie solle nach wie vor auf dem Boden der Vorlage, eine Verwässerung, die das finanzielle Ergebnis beeinträchtigt, müsse sie ablehnen.

So endete auch diese Sitzung mit einer allgemeinen Hingehenden Rede. Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Finanzministeriums gaben noch Auskunft über einige spezielle Fragen. Nach einer Tabelle, die dem Ausschuss zugeht, sind die Einnahmen aus Besitzsteuern im Oktober wesentlich höher als bis dahin gewesen, nachdem in den Finanzämtern nun die technischen Einrichtungen besser funktionieren. Vom 1. April bis 30. September waren 316 Millionen eingegangen, bis Ende Oktober noch rund 6 1/2 Milliarden. Eingestellt für das Rechnungsjahr noch etwa 23 Milliarden Mark. Es fehlt also immerhin noch die Kleinigkeit von 16 1/2 Milliarden Mark.

Ein gelungenes Porträt

Zum Thema: Ruch einst und jetzt

Uns wird geschrieben: Es ist zwar beklagenswert, daß in diesen für die Arbeiterschaft harten Zeiten der Kampf um die sozialistische Internationale und die kommunistische Weltpartei ausgetragen werden muß. Wer jedoch die Methoden der russischen Kommunisten beobachtet, für den ist es auch klar, daß die Gewerkschaftsbewegung denselben Leidensweg wie die einzelnen revolutionären Parteien gehen muß, wenn den Moskauer freier Spielraum für ihre Bewegung bleibt. Das jetzt straff zentralorganisierte Unternehmertum steht dem drohenden Zerlegungsprozess der letzten Stütze der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, mit Vergnügen entgegen.

Das in diesem Kampf in der Arbeiterbewegung die Arbeitlosen als Gelächter benutzt werden sollen, um einen anderen Teil damit zu verschmettern, ist wohl das Niedrigste, was an Demagogie jemals geübt wurde. Der kommunistische Brandler äußerte sich in der Sportplatz-Versammlung der Betriebsräte, daß die Arbeitlosen, die die Arbeitlosen zu politischen Zwecken benutzen, Beschreier seien. Trag allemal sehen wir aber bei der R. V. D. und den Neukommunisten die stetige Wiederholung, mit welchen Arbeitlosen zu experimentieren. Den Arbeitlosen muß gesagt werden, daß sie sich nicht auch noch zu politischen Schachfiguren herabwürdigen lassen sollen. Denn was es anderes, wenn Ruch, der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Bundes, den Arbeitlosen sagt, „die Gewerkschaften wollen nur für erhöhte Unterführungen eintreten, aber wir, die revolutionären Neukommunisten, wollen Euch in die Betriebe bringen“. In dieser Zeit liegt das von Brandler geforderte Verbrechen. Die Arbeitlosen sollten sich gesagt sein lassen, daß wenn alle Gewerkschaften von Leuten vom Schlage Ruchs geleitet würden, kein einziger Arbeitloser mehr in Arbeit käme auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wer Ruch und seine Ansprachen zu glauben.

In diesem Zusammenhange ist es notwendig, auf die Politik Ruchs im allgemeinen einzugehen. Nach dem Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes im Januar d. J. waren sich die auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Gewerkschaften darüber einig, daß bei der Wahl für revolutionäre sozialistische Betriebsräte einzutreten haben. Als darauf die Richtlinien des U. S. P. D. zur Wahl erschienen, war es gerade Ruch, der sofort ein Wort einlegte. Bei der heroischen Stellung des Metallarbeiter-Bundes innerhalb Berlins mußten selbstverständlich alle anderen Gewerkschaften Ruch folgen. In diesem Stadium wurde Ruch Anfang März erster Vorsitzender der Berliner Gewerkschaftskommission. Bei den während des Kapp-Putsch sich ergebenden Verhandlungen mit der Kapp-Regierung und den politischen Parteien war es Ruch, der genau wie sein Genosse Däumig für die Arbeiterregierung unter Einfluß der Christen und Hülse eintrat. Er gab bei dem Zustandekommen der acht Punkte die Erklärung ab, daß die Berliner Gewerkschaftskommission ein Ortsausschuss des A. D. G. B. sei und daß sich daraus unsere Haltung zum Abbruch des Generalkriegs von selbst ergebe.

Durch den Kapp-Putsch war die Betriebsrätezentrale Münzberg zu neuem Leben erwacht und mischte sich in die inneren Verhältnisse der Gewerkschaften hinein. Das veranlaßte Ruch, sich mit ganzer Kraft diesem Treiben entgegenzustellen. In einem Artikel in der „Freiheit“ vom 12. Mai 1920 spricht er von einer „Konkurrenzorganisation der Betriebsräte“ und von „subtiler Propaganda der „Kampfräte“. Durch deren Umtriebe würden die Gewerkschaften in unübersehbare Schwierigkeiten und unnütze Kämpfe

verwickelt und zu „Selbstbewilligungsmaschinen herabgedrückt“ werden.

Es kann doch unmöglich angehen, daß, während z. B. der Metallarbeiter-Bund mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands über die Schaffung einer für das ganze Deutsche Reich geltenden Musterarbeitsordnung oder über die Schaffung von Richtlinien über die Einstellung und Entlassung der Arbeiter in Unterhandlung steht, in den Einzelbetrieben nach Anweisung und Auskünften der Betriebsrätezentrale der Kampf entzündet, der rüchelt zur Niederlage der Kollegenchaft des Betriebes in der gegenwärtigen Konjunktur führen muß.

Weiter heißt es:

Däumig läßt hier das nötige Verständnis vermissen. Denn wenn er glaubt, daß die Berliner Gewerkschaften bereit sind, die Betriebsräte zu Agenten der Arbeitgemeinschaften zu machen, so irrt er sich. Alle Berliner Gewerkschaften, mit Ausnahme der Buchdrucker, sind in ihren örtlichen Verwaltungsräten Gegner der Arbeitgemeinschaften und legen ihr Möglichstes daran, um den Prozeß der Umstellung des Bundes der Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen zu beschleunigen.

Außerdem spielt Ruch hier auch mit dem Gedanken einer Gewerkschaftspartei.

Dieser Artikel wurde mit einem Schreiben an die U. S. P. D. Zentralvorstände der Gewerkschaften geschickt, in dem es u. a. heißt: „Daß der Kampf gegen die Auswüchse des von Däumig und Richard Müller propagierten Räte Systems in allen Gewerkschaftspressen einlegen muß“. Und was er jetzt gegen seine bisherigen Freunde und Kampfgenossen treibt, davor hat er sich damals gefürchtet. In dem Begleitbriefchen heißt es weiter: „Da der Kampf hier ganz sicher, wie üblich, in persönlicher Form geführt wird, wird man versuchen, mich herunterzureißen.“ Weiter: „Auf jeden Fall muß der Versuch gemacht werden, die Selbstständigkeit der Räteorganisation zu beseitigen, damit diese Schweinerei aufhöre.“

Man sieht, diese Leuchte der neukommunistischen Bewegung kann mal so und mal so! Immer aber so, wie es im Augenblick im Hinblick auf die Stimmung der Massen glänzt erscheint, und gerade deshalb kämpft er jetzt mit Wüstenmut gegen den Opportunismus, um seine eigene Verwandlungsfähigkeit vor seinen Anhängern und denen, die es werden sollen, zu verschleiern. Soll das nicht alle, die sich durch die Phrasen dieser Verwandlungskünstler momentan um das eigene klare Denken haben bringen lassen, zum Nachdenken bewegen?

Gegen den Schleichhandel

In seiner Dienstagssitzung beschäftigte sich der Rechtsausschuss des Reichstages mit dem Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel usw. und den dazu gestellten Anträgen.

Ein Antrag Waldheim (Dem.) wonach mehr Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln an Gasthausgäste den Galawirten nicht so schwer anzurechnen werden sollen, wird abgelehnt.

Der § 1 wird angenommen; er bestimmt, daß Schleichhandel usw. in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von 1-15 Jahren und mit einer Geldstrafe von mindestens 20 000 M. bestraft wird.

Nach längerer Aussprache wurde auch der § 2 angenommen, der bestimmt, daß als besonders schwerer Fall anzusehen ist, wenn der Täter aus Habgier mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, bzw. wenn der Täter durch Preissteigerung aus habgier die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise steigert. — Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Schöne Reden statt Wohnungen

Im Wohnungsausschuss des Reichstages wird ununterbrochen geredet, irgendwelche Taten haben dort aber noch nicht das Licht der Welt erblickt. Gestern besaßte sich der Ausschuss mit einem Antrag des Reichssozialisten Silber Schmidt, der das Reich aufforderte, zwei Milliarden Mark für Wohnungswesen zur Verfügung zu stellen. Selbst wenn dieser Antrag vom Reichstag angenommen werden sollte, so würde ihn die Regierung voraussichtlich doch nicht ausführen, da sie wohl für die Reichswehr und ähnliche Ueberflüssigkeiten Mittel in Höhe und Fülle hat, wenn es sich aber um den Bau von Wohnungen handelt, so verweist sie auf die leeren Kassen des Reiches. Zudem ist auch mit der Bewilligung von barem Geld allein nicht viel gewonnen, denn bisher schon sind vielfach die Zuweisungen von staatlichen Mitteln für den Wohnungsbau nicht den Bedürfnissen zugute gekommen, die guter Wohnungen bedürfen, sondern anderen Leuten, die nach ihrer Vermögenslage imstande waren, sich selbst Wohnungen zu bauen.

Aber auch dieser platonische Antrag geht den bürgerlichen Parteivertretern schon zu weit. Nur im Zusammenhang mit der Mietsteuer könne die Wohnungsfrage gelöst werden, so behaupten sie. Ein deutschnationaler Abgeordneter wünschte die Ausgabe von Darlehenszertifikaten für Wohnungsbauwesen, da man dadurch eher zum Ziel komme, als wenn man auf die Sozialisierung des Grund und Bodens warten wolle. Schließlich wurde ein Unterantrag gewählt, der die Frage der Geldbeschaffung weiter prüfen soll.

Inzwischen wächst nicht nur der Mangel an Wohnungen, sondern das chronische Wohnungsseind, der Zustand der vom Proletariat bewohnten Räume ist untragbar!

Die Deutschen Werke

Die deutschnationale Presse behauptet, daß Herr Richard Kahn, der den Vertrag mit den Deutschen Werken abgeschlossen hat, Prokurist der großen Eisenmetallhandlung Schweizer und Oppler in Berlin sei. Zu Anfang des Jahres sei Kahn noch einfacher Bankprokurist gewesen. Im September habe ihm bereits bei der Distinktgesellschaft ein Konto von 50 Millionen Mark zur Verfügung gestanden. Prokurist der Firma Schweizer und Oppler sei Herr Leon Scharf, ein Bruder der bekannten Brüder Scharf.

Im Hauptauschuss des Reichstages wurde gestern die Debatte über die Deutschen Werke fortgesetzt. Der Demokrat Wieland meinte, daß der Vertrag der Direktion des Herrn Kahn ebenso ungewöhnlich wie die Verhältnisse zur Zeit seines Abschlusses sei. Aber die Direktion habe sich jedenfalls im guten Glauben befunden. Ein Regierungsvertreter sagte, daß es sich nicht um 10 000 Tonnen, sondern in Wirklichkeit um 15 000 Tonnen gebrauchsfähige Maschinen gehandelt habe. Der deutschnationale Schulz-Bromberg entzündete sich heftig über den Vertrag. Der Zentrumsabgeordnete Erling verlangte, daß diejenigen, die den Vertrag abgeschlossen haben, zur Verantwortung gezogen werden sollen. Reichsjustizminister v. Raumer führte aus, es habe sich nicht ein Schatten des Beweises ergeben, daß bei dem Vertrage Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Eine Sabotierung der Reichsbetriebe könne ihm fern. Abg. Legien (Rechtlos.) sagte, der Direktion sei es gelungen, die Reichsbetriebe rentabler zu

machen und die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Für das durch sie sichergestellte gute Verhältnis zwischen Angestellten und Leitung ist es bezeichnend, daß aus verschiedenen Betrieben Protokolle gegen die Entlassung der Direktoren von den Arbeitern eingetroffen seien. Die dauernde bürokratische Einmischung des Reichsjustizministeriums in die Angelegenheiten der Deutschen Werke habe eine große Erregung erzeugt.

Die bürgerlichen Parteien brachten schließlich eine Resolution ein, in der beantragt wird, daß der Reichstag seine Billigung über den Beschluß des Vertrages aussprechen, auf seine Aufhebung hinwirken und durch Anwendung zulässiger Mittel in Zukunft den Abschluß ähnlicher Verträge verhindern solle. Die nächste Sitzung ist Donnerstag.

Aus der Partei

Neue Kämpfer

Trotz seiner unüberwindlich scheinender Schwierigkeiten sind unter Tagespresse zwei neue Mitstreiter entstanden: „Der Sozialist“ in Stuttgart und „Freies Wort“ in Götting. Der „Sozialist“ erschien schon seit dem Parteitag als Wochenblatt, wird aber seit 1. Dezember als Tageszeitung herausgegeben. Unser Göttinger Bruderblatt „Freies Wort“ erscheint schon im zweiten Jahrgang als Wochenblatt, ist aber mit dem 1. Dezember ebenfalls Tageszeitung geworden.

Ferner ist mit dem 1. Dezember auch unser in Jittaun erscheinendes Wochenblatt „Wahrheit“ zu dreimaligem Erscheinen in der Woche übergegangen. — Auch auf dem Gebiete der Presse sehen wir also ein erfreuliches Fortschreiten.

Groß-Berlin

Mordprozess Wendestadt

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann gestern die Verhandlung gegen den 24jährigen Kaufmann Hans Wendestadt, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 14. Mai 1919 seinen Vater, den Kaufmann Hans Wendestadt ermordet zu haben. Zur Verhandlung sind etwa 40 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen.

Der Vater des Angeklagten ist am Morgen des 14. Mai in seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Die innere Brusttasche seiner Jacke wurde herausgerissen, aus ihr war eine Brieftasche entnommen. Ferner fehlte die goldene Uhr, eine Geldbörse mit Geldstücken und das Schlüsselbund, das der Ermordete bei sich zu tragen pflegte. Es hatte nach den Feststellungen den Anschein, als ob der Ermordete mit dem Täter vor der Tat an einem Tisch gefessen hätte. Es war auffällig, daß in einem Zimmer, das auf der entgegengesetzten Seite der Wohnung lag, die Klappe eines sonst stets verschlossenen atmodynamischen Sekretärs heruntergelassen und ein Geheimschloß geöffnet war, in dem sich ein Briefumschlag mit der Aufschrift: „Im Falle meines Todes ist dieser Brief Hrn. Alce Lindemann zu übergeben“ befand. Dieser Brief soll Angaben über ein Auslandsdepot enthalten haben und verschwunden sein. Auch ein Geldbetrag über 2000 M., ebenso eine Stahlglocke mit leuchtendem Zifferblatt, die auf dem Nachtschiff zu stehen pflegte, waren verschwunden.

Der Vorsitzende stellt dem Angeklagten eine ganze Reihe von Momenten vor, die den gegen ihn erhobenen Verdacht begründen sollen. So soll er für die Zeit der Tat schon vorher gesucht haben, sich einen Alibibeweis zu sichern. Als er nach dem Mordede geholt wurde, soll es aufgefallen sein, daß er eine Krampfwunde an der Nase hatte. Nach seiner Ankunft in der Wohnung des Vaters fiel sein sehr erregtes Aussehen auf, ferner die Tatsache, daß er sich weigerte, die Leiche des Vaters anzusehen.

Als der Vorsitzende dem Angeklagten gestern die Photographie des Ermordeten überreichte, betrachtete er diese erst nach sichtlich schwerem inneren Kampf.

Von den vernommenen Zeugen waren die Aussagen der Witwe Weich, bei der der Angeklagte wohnte, bezeichnend. Sie behauptete, entgegen den Versicherungen des Angeklagten, daß in dessen Besitz auch noch ein Joppenanzug gewesen sei, der nach dem Mord verschwunden sei, ebenso ein Dolch, der gleichfalls nach dem Mord verschwunden sei.

Gegen 8 Uhr abends wurde die Verhandlung auf heute vertagt.

Bewaltungsbereich 17 (Nichtenberg, Friedrichsstraße, Karlshorst usw.). Die Bezirksversammlung am Sonnabend, den 4. Dezember, hatte sich mit dem in der Eröffnungsphase dem Wahlauschuss erstellten Antrag, eine provisorische Geschäftsordnung auszuarbeiten, zu beschäftigen. Berichterstatter Schachtel (Vp. B.) schlägt vor, die von dem Wahlauschuss einstimmig angenommene Geschäftsordnung, welche auf Grund der Geschäftsordnung der alten Lichterberger Stadtverordneten-Versammlung mit durch das Geheh Groß-Berlin gebotenen Änderungen ausgearbeitet wurde, ein bloß anzunehmen. Dem wurde zugestimmt. Als Versammlungstag ist der Mittwoch bestimmt. Zur Frage betr. Bildung des Bezirksamts hatte der Wahlauschuss den Antrag Schachtel (S. P.) angenommen, entsprechend der Vorlage des Berliner Magistrats zu verfahren und zwar die besoldeten Bezirksamtsmitglieder auf sieben und die Zahl der unbesoldeten Bezirksamtsmitglieder auf vier festzusetzen. Diese Angelegenheit führte zu einer lebhaften Debatte. Evers (Neukommunist) nahm den bereits von ihm im Wahlauschuss gestellten Antrag wieder auf, nur besoldete Bezirksamtsmitglieder einzustellen und die Zahl auf elf festzusetzen. Genosse Thurm (U. S. P.) unterstützte diesen Antrag und schließt sich den Ausführungen an, während John (S. P.) aus Sparsamkeitsrücksichten es bei sieben besoldeten Bezirksamtsmitgliedern bewenden lassen will. Bei der Abstimmung wird der Antrag Evers mit 24 gegen 23 Stimmen abgelehnt und der Wahlauschussantrag angenommen. Eine Verfassung des Groß-Berliner Magistrats, daß in den Bezirken die Mittel für unentgeltliche Hilfeleistung von Vermittlern zu streichen sind, gab zu lebhaften Auseinandersetzungen Veranlassung. Evers (Neukomm.) stellte den Antrag, obige Verfügung des Berliner Magistrats sofort rückgängig zu machen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

20. Verwaltungsbereich. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, Fraktionsstunde im Sitzungssaal des Reichstags Rathauses, Hausstr. 38. Alle Deputierte der kommunalen Kommissionen sind hiermit dazu eingeladen.

Sozialistische Eiterndelräte und Kandidaten an höheren und mittleren Schulen werden gebeten, ihre Pressen abzugeben, und zwar baldmöglichst zum Zweck Eintritt in Vorbereitungen, bei Kaufmann, Köferrstraße 26.

Das Massenmordes dringlich verdächtig ist der 50 Jahre alte Ruch Wolf Schulz aus Spandau, der von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet wurde und heute der Staatsanwaltschaft 3 vorgeführt worden ist. Die Verführung erfolgte wegen erwiesener fortgesetzter Stillschließungsverbrechen. Die Verdächtige, die ihm zur Last gelegt werden, werden zurzeit noch nachgeprüft.

Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Gesundbrunnen. Gestern fuhr in den späten Abendstunden eine Rangierabteilung eines auf dem Güterbahnhof Gesundbrunnen rangierenden Güterzuges so hart auf den vor dem Eisenwerkgebäude am Ringbahnsteig Gesundbrunnen stehenden Presshof auf, daß dieser völlig zerstört wurde und der erste Wagen der Rangierabteilung die Wand zum Eisenwerk durchbrach und mitten im Eisenwerk stehen blieb. Infolge dieses Unfalles war der Ringbahnverkehr auf dem Bahnhof Gesundbrunnen für einige Stunden unterbrochen.

